

# Sozialismus

www.Sozialismus.de

Murat Cakır: Türkei/Anja  
Flach: Revolution in Rojava



Bischoff/Radke, Umbach,  
Zinn: Griechenland



**Diskussion mit Annelie  
Buntenbach (DGB), Hans-  
Jürgen Urban (IGM) und  
Frank Werneke (ver.di) über  
»Gewerkschaftseinheit«**

**Forum  
Gewerkschaften**

Jörg Wollenberg:  
Arno Klönne (1931-2015)



Nieder ...

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

## Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf [www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de)

### Dänemark: dramatischer Rechtsruck



Bei den dänischen Parlamentswahlen hat sich das Mitte-Rechts-Lager von Oppositionsführer Lars Løkke Rasmussen durchgesetzt. Sein Bündnis kam auf 90 Mandate im 179 Sitze zählenden Parlament und damit auf eine Mehrheit. Die rechtspopulistische Dänische Volkspartei stieg zur zweitstärksten Partei auf und wurde im bürgerlichen Lager sogar stärkste politische Kraft. ...

### BND – ein gefährlicher Staat im Staate



Bürger und Parlament belogen: Wie sich jetzt herausstellt, verpflichtete sich der Bundesnachrichtendienst, für die NSA zu arbeiten. Den Amerikanern wurde gestattet, die Ergebnisse des weltweiten Abhörens von Telefonaten und des Internetverkehrs vom BND mit zu nutzen. ...

### Die Richtungsauseinandersetzungen in der AfD



Die Richtungsauseinandersetzungen in der »Alternative für Deutschland« (AfD) spitzen sich im Bundesvorstand und in den Landtagsfraktionen zu. Diese Entwicklung ist wenig überraschend. ...

### Kirchen gegen Kapitalismus?

Franz Segbers/Simon Wiesgickl: »Diese Wirtschaft tötet«  
Über eine verdrängte und verschwiegene Übereinstimmung der Kirchen ..... 2

### Südländische Krisen & Gegenstrategien

Murat Çakır/Joachim Bischoff: Türkei – wie weiter? ..... 7

Anja Flach: Rojava – Hoffnung für den Mittleren Osten? ..... 14

Joachim Bischoff/Björn Radke: Kann das Syriza-Projekt für Griechenland fortgeführt werden? ..... 18

Karl Georg Zinn: Troika gegen Syriza – mehr als nur politisch unkorrekte Semantik. .... 26

Detlef Umbach: Anmerkungen zur griechischen Tragödie ..... 28

Christina Ujma: Renzis Entzauberung? Italien nach den Regionalwahlen ..... 31

## Forum Gewerkschaften

Gewerkschaftseinheit – auf dem Prüfstand  
Über den beschleunigten Strukturwandel, Konkurrenz um Mitglieder und das politische Mandat des DGB – eine Diskussion mit Annelie Buntenbach, Hans-Jürgen Urban und Frank Werneke ..... 32

Jörg Wiedemuth/Sylvia Skrabs:  
Anstöße für die zukünftige Arbeitszeitpolitik von ver.di ..... 39

Otto König/Richard Detje: Erschossen mit deutschen Gewehren  
Akzente gegen Waffenexporte, für Abrüstung auf dem IG Metall Gewerkschaftstag 2015 ..... 44

Michael Wendl: Lohnillusion auf beiden Seiten?  
Eine Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftskritik von Heiner Flassbeck .. 47

### Blockaden überwinden

Heinz Bierbaum: Profilierung links von der Sozialdemokratie  
DIE LINKE nach Bielefeld ..... 52

Jürgen Klute: Der Juncker-Plan  
Hintergründe, Struktur und Änderungen des Europäischen Parlaments ..... 55

Horst Arenz: Kommunale Investitionsblockaden überwinden  
Thesen zu Gabriels Expertenkommission ..... 60

### Sozialismus-Debatte/Widerständige Querdenker

Klaus Blessing: Umstrittene Sozialismus-Konzeption ..... 65

Klaus Steinitz/Christoph Lieber: »Die Menschen erobern.« (Marx)  
Antwort auf Blessings Frage, »mit welchem deformierten homo consumens idioticus eigentlich die Superdemokratie durchgesetzt werden soll« ..... 68

Jörg Wollenberg: »Gegen den Strom« – Drei widerständige Querdenker und Grenzgänger nach 1945: Klaus Mann, Hermann Brill, Arno Klönne ..... 72

### Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum ..... 53

Veranstaltungen & Tipps ..... 76

Marion Fisch: Blickwechsel (Filmkritik) ..... 77

# Kann das Syriza-Projekt für Griechenland fortgeführt werden?

von | Joachim Bischoff und Björn Radke



»We remain in Europe I« von flickr/alk\_is, ©

Der »Grexit«, ein erzwungenes Ausscheiden Griechenlands aus der Euro-Zone, ist für einen Großteil der deutschen Bevölkerung eine politische Option. Laut einer aktuellen Umfrage von YouGov begrüßen es 58% der Deutschen, wenn Griechenland die Euro-Zone verlasse – dieser Prozentsatz ist seit März ziemlich stabil.<sup>1</sup> Laut YouGov sind die Anhänger der SPD mit 63% und die der CDU/CSU mit 61% fast gleich häufig für einen »Grexit«. Vizekanzler und SPD-Chef Sigmar Gabriel spricht also durchaus für die Mehrheitsstimmung der Parteimitglieder, wenn er der BILD-Zeitung erklärt, Europa und Deutschland ließen sich nicht erpressen. Man werde nicht überzogene Wahlversprechen einer zum Teil kommunistischen Regierung durch deutsche ArbeitnehmerInnen und ihre Familien bezahlen lassen.

Auch in der griechischen Regierungspartei Syriza gibt es einen bedeutenden Flügel, der in einer Rückkehr zur Drachme kein Katastrophenszenario erkennen kann. Die Rückkehr zu einer eigenen Währung werde für einige Wochen womöglich hart und chaotisch sein, aber schon bald darauf sei mit einem Aufschwung zu rechnen. Der auch in Deutschland bekannte Ökonom Lapavistas<sup>2</sup> warnte während der laufenden Verhandlungen seine Partei- und Regierungsführung davor, in den Verhandlungen »rote Linien« zu überschreiten und die Position von Syriza aufzugeben; das sei das Ende der Partei – eine Position, die auch in der hiesigen Partei DIE LINKE Sympathisanten hat.

Aus Sicht eines Teils der griechischen Öffentlichkeit hat die Regierung unter Alexis Tsipras zuletzt erhebliche Zugeständnisse an die Geldgeber gemacht. »Wir zahlen acht Milliarden Euro und die Gläubiger wollen mehr«, titelt die Athener Zeitung »Ta Nea«. Fakt ist: Die Strategie der griechischen Regie-

rung steht auch innerparteilich und im Parlament unter Druck. Vize-Parlamentssprecher Alexis Mitropoulos, ebenfalls Mitglied von Syriza, warnte davor, dass zahlreiche Abgeordnete die Vorschlagsliste ablehnen könnten: »Ich glaube, dieses Programm ... wird Schwierigkeiten haben, bei uns durchzukommen.«

## Was steckt im letzten Verhandlungspaket?

Die internationalen Kreditgeber und die griechische Regierung streiten seit Monaten über ein Reformpaket im Gegenzug zur Freigabe von 7,2 Mrd. Euro an Hilfgeldern aus einem bereits zweimal verlängerten EU-Programm, das ohne neuen Beschluss am 30. Juni auslaufen und bereits bewilligte Gelder verfallen würden. Es ist unklar, ob Athen die fällige Rückzahlung von 1,6 Mrd. Euro an den IMF Ende Juni ohne Hilfe leisten könnte.<sup>3</sup>

Der IWF und die Euro-Partner wollten weiterhin Rentenkürzungen im Umfang von einem Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP) durchsetzen. Außerdem sollten 800 Mio. Euro durch Einschnitte bei den Pensionen für Geringverdiener eingespart werden. Die Regierung Tsipras sollte auch auf die Rücknahme der Rentenreform und auf eigenmächtige Schritte bei Maßnahmen am Arbeitsmarkt verzichten und die Mehrwertsteuer im Volumen von einem Prozent des BIP anheben. Die Geldgeber bestanden auch auf der Privatisierung der Häfen in Piräus und Thessaloniki, von Ölkonzernen und Netzbetreibern sowie des Telefon-Unternehmens OTE.

Die Verhandlungen haben nun zu einem Paket geführt, das eine Verlängerung des laufenden Abkommens möglich macht. Die wesentlichen Punkte sind:

- Der Primärüberschuss, also der Haushaltssaldo ohne Schuldendienst (Zinsen und Tilgungen), soll in diesem Jahr bei 1% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen, im kommenden Jahr bei 2%. Die griechische Regierung wollte zunächst nur 0,6% bzw. 0,75% erreichen.
- Der niedrigste Mehrwertsteuersatz von 6% soll nur noch für Bücher und Medikamente gelten. Ob die Mehrwertsteuer für Hotels und Restaurants auf 23% angehoben wird, wie von den Gläubigern gefordert, ist noch nicht entschieden. Für Strom soll der mittlere Satz von 13% gelten, ebenso für einen Großteil der Grundnahrungsmittel. Laut Medienberichten könnte die Regierung auch die Ausnahmen bei der Mehrwertsteuer streichen, die auf den Inseln gelten.
- Unternehmen sollen ab 2016 höher besteuert werden, der Steuersatz soll von 26 auf 29% ansteigen. Außerdem ist eine Sonderabgabe von 12% auf Unternehmen mit Gewinnen über 500.000 Euro geplant. Die Solidaritätsabgabe auf Einkünfte von Privatpersonen über 50.000 Euro im Jahr soll ebenfalls angehoben werden. Weiter geht es um eine Steuer auf Luxusprodukte und eine Besteuerung der Erträge aus Online-Glücksspielen.
- Bei den Renten sollen insbesondere Mechanismen der Frühverrentung ab Anfang 2016 abgeschafft werden.
- Die griechische Regierung verpflichtet sich zu weiteren Privatisierungen etwa von Häfen oder Flughäfen – aber nur unter bestimmten Bedingungen wie etwa der Beteiligung des öffentlichen Sektors am Kapital des Käufers, Zusagen der Investoren für die örtliche Wirtschaft und dem Schutz von Arbeitnehmerrechten. Eine Privatisierung des Stromnetzbetreibers Admie und staatlicher Anteile am Telefonie-Betreiber OTE schließt die Regierung aus.
- Für Rüstungsgüter sollen 200 Mio. Euro weniger ausgegeben werden. Griechenland hat einen vergleichsweise großen Wehretat.
- Die griechische Regierung sagt Maßnahmen im Kampf gegen die Korruption zu.

## Scheitern des neoliberalen Rettungsprogramms

Griechenland wird am 1. Juli beim Internationalen Währungsfonds (IWF) im Zahlungsverzug sein, wenn es die Überweisung von 1,6 Mrd. Euro für den Monat Juni nicht leistet. Einen weiteren Zahlungsaufschub lehnt der IWF ab. Griechenland hatte seine Tranchen im Juni gebündelt und angekündigt, die gesamte Summe Ende Juni zu zahlen. Im griechischen Regierungslager waren jedoch auch Stimmen laut geworden, die Überweisung an den IWF zu verweigern, falls bis Monatsende keine Einigung mit den internationalen Gläubigern erreicht werden kann.

Die aktuelle Haushaltsbilanz Griechenlands ist nicht schlecht. Von Januar bis Mai wurde ein Primärüberschuss – Haushalt ohne Zinskosten – von 1,51 Mrd. Euro erwirtschaftet (erwartet wurde ein Defizit von 556 Mio. Euro). Möglich wurde dies durch kräftige Kürzungen bei den Ausgaben: Diese fielen um 2,6 Mrd. Euro geringer aus als eigentlich angestrebt. Die Budgets von Sozialversicherungen, Regionen und Kommunen – die auch von den Geldgebern unter die Lupe genommen werden – sind in den Zahlen jedoch nicht berücksichtigt. Weniger erfreulich entwi-

ckelten sich die Steuereinnahmen: Diese fielen um gut eine Mrd. Euro niedriger aus als geplant. Sie betragen in den ersten fünf Monaten rund 18 Mrd. Euro. Ein Grund dafür war der Rückfall in die Rezession: Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte im ersten Quartal um 0,2%.

Entgegen allen politisch motivierten Schönrednereien seitens der »Institutionen« und der herrschenden Eliten in diesem Land steht fest: Das bisherige Rettungsprogramm für Griechenland war ein kompletter Fehlschlag. Die Schulden Griechenlands betragen im Jahr 2010 etwa 108% des BIP; das damalige Wirtschaftsprogramm hatte einen Anstieg auf 118% vorgesehen. Heute sind es aber trotz Sparmaßnahmen des Staates und sehr lockeren Bedingungen der Gläubiger bis zum Ende letzten Jahres mehr als 170%. Der Grund für diesen desaströsen Fehlschlag: Die detaillierten Auflagen der Troika konzentrierten sich auf Kürzungen der Ausgaben und Privatisierungen unter weitgehender Vernachlässigung der Frage, wo ein Wirtschaftswachstum herkommen könnte. Statt Wachstum wurde ein historisch beispielloser Schrumpfungsprozess auf den Weg gebracht.

Der Sparkurs hat die griechische Wirtschaft kollabieren lassen. Sicherlich war der Aufschwung vor Einleitung des Sparkurses durch die Schulden künstlich aufgebläht, aber die Geldgeber haben sich mit ihren Erwartungen gewaltig geirrt. Griechenland hat zwar 2014 erstmals seit fünf Jahren ein kleines Plus von 0,6% in der wirtschaftlichen Leistung erreicht, im letzten Quartal des Jahres setzte erneut ein Schrumpfungsprozess ein. Durch die massiven Kürzungsaufgaben seitens der internationalen Kreditgeber wurde der gesellschaftliche Wertschöpfungsprozess kontinuierlich eingeschränkt. Das beinharte Austeritätsprogramm war ökonomisch sinnlos. Griechenland war bereits 2010 bankrott, es hätte einen rigorosen Schuldenschnitt gebraucht, nicht eine Verschiebung der Probleme.

Vor allem die deutsche Bundesregierung propagiert die These, Griechenland werde in der Lage sein, seine Schulden zurückzahlen. Im Mai 2010 erklärte Bundeskanzlerin Merkel anlässlich der Verabschiedung der ersten Kredithilfe für Griechenland im Bundestag: »Der jetzt vorgeschlagene Lösungsweg einschließlich der vierteljährlichen Überprüfungen der Umsetzung des griechischen Programms bietet mehr Chancen als jede andere Alternative. Er bietet die bestmögliche Gewähr dafür, dass der deutsche Steuerzahler, der über den Bund für die Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau bürgt, von einer Inanspruchnahme verschont bleibt.« Am 18. Juni 2015 folgte dann das Eingeständnis des Scheiterns und der Versuch, den Schwarzen Peter weiterzureichen, in einer neuen Regierungserklärung: Im Gegensatz zu Irland, Spanien und Portugal habe Griechenland

*Joachim Bischoff* ist Mitherausgeber, *Björn Radke* Redakteur von *Sozialismus*.

<sup>1</sup> In Frankreich verläuft die Meinungskurve anders: Mehr als die Hälfte der Franzosen (53%) lehnt laut einer jüngsten Umfrage ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone ab. Vor genau drei Jahren war noch eine Mehrheit von 65% bereit, Griechenland bei mangelnden Reformen zum Austritt aus der Währungsunion zu zwingen.

<sup>2</sup> Siehe auch Heiner Flassbeck/Costas Lapavistas, *The systemic crisis of the euro – true causes and effective therapies*, Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2013.

<sup>3</sup> Siehe hierzu auch unsere Beiträge in den letzten Heften dieser Zeitschrift und auf [www.sozialismus.de/aktuelle\\_dossiers/griechenland/](http://www.sozialismus.de/aktuelle_dossiers/griechenland/).

seine Chance nicht genutzt, um durch schmerzhaftige Strukturformen wieder wirtschaftliches Wachstum zu schaffen.

Ob die anderen Krisenländer schon wieder auf eigenen Beinen stehen können, lassen wir hier einmal dahingestellt. Aber dass Griechenland trotz harter Auflagen und Kontrollen seine Chance nicht genutzt habe, ist nicht nur eine inakzeptable Schuldzuweisung. Denn gleichzeitig musste die Bundeskanzlerin einräumen, dass die Konstruktion der Einheitswährung mangelhaft sei. Die Euro-Länder hätten zwar eine gemeinsame Geld-, aber keine gemeinsame Wirtschaftspolitik. Und genau dieser Punkt ist – auch im Fall Griechenlands – strittig. Die Gegenthese zur Behauptung von verschleppten Reformen lautet: Die ökonomische Depression in Griechenland ist ein Resultat der Politik der internationalen Geldgeber-Troika, an der die deutsche Bundesregierung maßgeblich beteiligt ist.

Die Troika-Institutionen (EU, EZB und IWF) hatten das so genannte Hilfsprogramm für das vom Staatsbankrott bedrohte Griechenland im Februar 2015 nochmals um vier Monate bis Ende Juni verlängert. Zur Voraussetzung für die Auszahlung der noch offenen Finanztranchen für Griechenland machten sie eine erneut Liste mit weiter belastbaren »Reformen«. Über die »Hilfsprogramme« hat es in Griechenland nie ein politisches Votum der Bevölkerung gegeben. Die Notwendigkeit von Strukturformen und deren Umsetzung ist von Finanzexperten ausgehandelt worden. Anders als in Portugal oder Irland gab es keinen breiten Konsens in der politischen Elite Griechenlands. Vielmehr wurden die Strukturformen von vielen Parteien und Interessengruppen vehement abgelehnt.

Die im Januar 2015 ins Amt gewählte griechische Linksregierung und eine große Mehrheit der Wahlbevölkerung sehen in einem Hinausdrängen des Landes aus der Eurozone eine schwere politische Niederlage mit gefährlichen Folgewirkungen. Eine repräsentative Befragung von Anfang Juni besagt: 74% der Befragten sprachen sich für den Verbleib in der Eurozone aus, nur 18% würden lieber zur Drachme zurückkehren. Fände eine Parlamentswahl statt, würde Tsipras' Linkspartei Syriza sie mit 31,3% gewinnen. Die Konservativen bekämen 20,4%. Drittstärkste Kraft wäre die pro-europäische Partei der politischen Mitte To Potami mit 5,2%.

Die Linksregierung in Griechenland umreißt daher ihre Sicht wie folgt: »Wir haben Zugeständnisse gemacht, aber wir haben auch unsere Grenzen«, so Regierungschef Tspiras. Es sind seit Längerem »rote Linien« definiert, die die Regierung nicht überschreiten werde, zu denen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zulasten der niedrigen Einkommen, eine weitere Öffnung des Arbeitsmarkts oder weitere Absenkungen der Altersrenten gehören.

## Woran hakt bisher die Fortführung des Programms?

Ein Ziel der Verhandlungen zwischen der Regierung und den Gläubigerinstitutionen bestand darin, sich auf wirtschaftspolitische »Reformen« zu einigen, damit die Institutionen ihr Veto gegen die Auszahlung der letzten Tranche des Notkredits sowie aufgelaufene Gewinn- und Couponausschüttungen der EZB aufgeben. Für die griechische Regierung ging es abgesehen von

den blockierten Kredittranchen aus den laufenden Verträgen um zwei zentrale Punkte:

1. Es muss zu einer deutlichen Korrektur der Strukturformen oder Auflagen kommen, sodass endlich die Chance besteht, aus der seit Jahren existierenden ökonomisch-sozialen Abwärtsspirale herauszukommen.
2. Bei den Wahlen im Januar 2015 ist die Austeritätspolitik in Griechenland abgewählt worden. Die Gesellschaft will mehrheitlich ihre politische Würde und Entscheidungsfreiheit zurück sowie den ökonomischen Schrumpfungsprozess beenden. Sollte es am Ende ein Abkommen mit den Kreditgebern geben, das die Grenzen des Mandats der Regierung überschreite, so Tsipras, müsse das griechische Volk das letzte Wort haben. »Wenn ich letztlich mit einer Vereinbarung da stehe, die die Grenzen (meines Mandats) überschreitet, habe ich keine andere Wahl, die Menschen werden entscheiden.«

Der harte Kern ist nicht ein Streit um »erschreckend kleine Finanzbeträge« (Rogoff), sondern ein politischer Grundkonflikt, den Jürgen Habermas wie folgt umrissen hat: »Gewiss, in der Sache geht es um das sture Festhalten an einer Sparpolitik, die nicht nur in der internationalen Wissenschaft überwiegend auf Kritik stößt, sondern in Griechenland barbarische Kosten verursacht hat und hier nachweislich gescheitert ist. Aber in dem Grundkonflikt, dass die eine Seite einen Wechsel dieser Politik herbeiführen möchte, während sich die andere Seite hartnäckig weigert, sich überhaupt auf politische Verhandlungen einzulassen, verrät sich eine tiefer liegende Asymmetrie. Man muss sich das Anstößige, ja Skandalöse dieser Weigerung klarmachen: Der Kompromiss scheitert nicht an ein paar Milliarden mehr oder weniger, nicht einmal an dieser oder jener Auflage, sondern allein an der griechischen Forderung, der Wirtschaft und der von korrupten Eliten ausgebeuteten Bevölkerung mit einem Schuldenschnitt – oder einer äquivalenten Regelung, beispielsweise einem wachstumsabhängigen Schuldenmoratorium – einen neuen Anfang zu ermöglichen.«<sup>4</sup>

## Langwieriger Schrumpfungsprozess

Die griechische Ökonomie ist seit der Großen Krise von 2008 um 25% geschrumpft. Nach einem sehr kurzen »Zwischenhoch« schrumpft die wirtschaftliche Leistung seit dem letzten Quartal 2014 erneut. Kein anderes Land der Eurozone ist durch eine vergleichbar schwere Krise gegangen. Die Entwicklung entspricht etwa jener der USA während der großen Depression. Absolut und preisbereinigt liegt das BIP sogar tiefer als im Jahr 2000 vor dem Beitritt Griechenlands zur Währungsunion. Das Resultat der Austeritätspolitik ist katastrophal, daran ändern auch die Beschönigungen der europäischen Gläubiger nichts. Besonders drastisch zeigt sich das bei der Gesundheitsversorgung: Die Ausgaben wurden seit dem Ausbruch der Krise um 50% gekürzt. In den ersten vier Monaten dieses Jahres erhielten die 140 Staats-spitäler mehr als 90% weniger als letztes Jahr, weil der Staat kein Geld mehr hat. Griechenland steckt seit Längerem in einer humanitären Krise. Es ist vor diesem Hintergrund ziemlich absurd, die seit Februar 2015 im Amt befindliche linke Koalitionsregierung für die aktuelle Rezession verantwortlich zu machen.

Eine mögliche Pleite des griechischen Staates hat für die europäischen Eliten ihren Schrecken verloren, weil die Verflechtung der griechischen Ökonomie mit der europäischen Wirtschaft gering ist. Mittlerweile haben die privaten Investoren und Banken ihr Engagement in Griechenland massiv zurückgefahren. Die Wertverluste einer möglichen Insolvenz tragen im Wesentlichen öffentliche Gläubiger, d.h. die Verluste von ca. 80 Mrd. Euro für Deutschland gehen zulasten der SteuerzahlerInnen.

Auch die Deutsche Bundesbank beteiligt sich an der Mythenbildung über die vermeintlich Schuldigen der aktuellen Entwicklung: »Die bereits Ende letzten Jahres« – also 2014 unter der konservativ geführten Koalitionsregierung – »eingesetzte Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation Griechenlands hat im ersten Quartal 2015 angehalten... Insbesondere die hohe Unsicherheit über den wirtschaftspolitischen Kurs des Landes seit dem Regierungswechsel im Januar hat zu der konjunkturellen Abschwächung beigetragen. Die recht optimistischen Erwartungen bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2015 wurden bislang enttäuscht. So geht die EU-Kommission in ihrer Anfang Mai veröffentlichten Prognose nur noch von einem Wachstum von ½% im Jahr 2015 aus; das sind 2 Prozentpunkte weniger als in der Vorausschätzung vom Februar.« Entgegen den Prognosen der europäischen Geldgeber hat Griechenland noch nicht die wirtschaftliche Talsohle erreicht. Gleichwohl soll die gescheiterte Therapie fortgesetzt werden. Weitere Kürzungen bei Alters- und Lohneinkommen bringen aber keine Trendwende.

## Das Rentenproblem

Die Anzahl der öffentlichen Beschäftigten sank in Griechenland zwischen 2009 und 2014 von 907.351 auf 651.717. Das ist ein Rückgang von 255.000. Das staatliche Defizit betrug im Jahr 2009 noch 15,6%. Im Jahr 2014 sank es auf 2,5%. Die Reduktion des Defizits in einem solchen Ausmaß in derart kurzer Zeit signalisiert eine große Anstrengung. Griechenland hatte vor den Reformen eines der tiefsten durchschnittlichen Pensionsalter in Europa, jetzt zählt es zu den höchsten. In den letzten Jahren hat Griechenland enorme Strukturreformen umgesetzt. Die Behauptung von einer Reformfeindlichkeit ist absurd.

Das griechische Rentensystem ist ein zentrales Problem, denn es produziert Defizite und ist auf staatliche Zuschüsse angewiesen. Diese Defizite wuchsen in den letzten zehn Jahren beun-

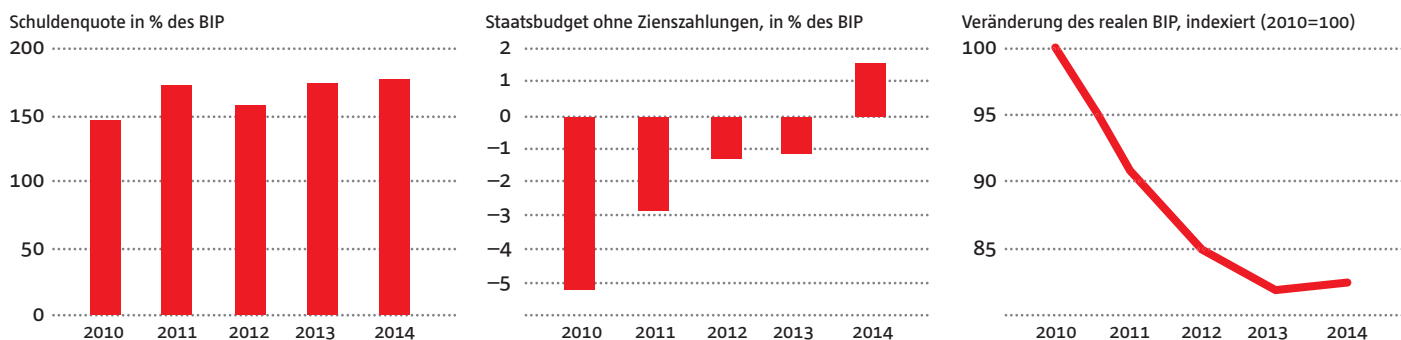
ruhigend schnell an. Lagen 2001, zum Zeitpunkt des Euro-Beitritts, die staatlichen Zuschüsse ans Rentensystem noch bei 3,4 Mrd. Euro jährlich, so hatte beim Anbruch der Krise im Jahr 2009 der Staatshaushalt mit Anforderungen in der Höhe von 14,3 Mrd. Euro zurechtzukommen. In den Jahren 2010 bis 2012 wurden aufgrund einer Reihe von Eingriffen, die teilweise von der Troika diktiert wurden, die Defizite des Systems stabilisiert. Im Jahr 2013 beliefen sich die staatlichen Zuschüsse zum Rentensystem auf 10,48 Mrd. Euro, 2014 wurden sie offenbar auf 8,7 Mrd. Euro begrenzt. Die Troika setzte eine Klausel durch, nach der bei der Entrichtung von Zusatzrenten keine laufenden Defizite mehr entstehen dürfen. Allerdings wird das System bereits 2015 einen Fehlbetrag von etwa 300 Mio. Euro produzieren. Um der vereinbarten Klausel gerecht zu werden, müssten diese Zusatzrenten um 8% bis 10% gekürzt werden.

Ein Teil der im Rahmen des Sparprogramms vor drei Jahren verhängten Rentenkürzungen ist nach einem Urteil des Obersten Verwaltungsgerichtshofes in Athen verfassungswidrig. Nach Einschätzung der Richter wurden sowohl griechisches Recht als auch die Europäische Menschenrechtskonvention verletzt, weil RentnerInnen das Recht auf ein würdiges Leben vorenthalten worden sei. Seit 2010 gab es mehrere Rentenkürzungen in Griechenland, laut Berechnungen des gewerkschaftsnahen Instituts INE belaufen sich die Einkommensverluste etwa für FrührentnerInnen auf bis zu 40%. Trotzdem ist das griechische Rentensystem noch weit davon entfernt, bei einer geschrumpften Ökonomie tragfähig zu sein. Die hohe Arbeitslosigkeit und der massive Abgang von Angestellten im öffentlichen Sektor wie auch von Beamten, die von den früheren, günstigen Regelungen Gebrauch machen wollen, belasten das System sowohl einnahmen- als auch ausgabenseitig. Laut Berechnungen des Finanzministeriums wird das System zuzüglich Zuschüssen im kommenden Jahr ein Defizit von 950 Mio. Euro ausweisen, was etwa 0,5% des BIP entspräche. Ohne weitere Reformschritte würden die Fehlbeträge ohne Zweifel bis 2020 weiter steigen.

Im Wahlkampf hatte die Linksregierung versprochen, die geplanten Kürzungen bei den Zusatzrenten nicht durchzuführen. Laut Wahlkampfprogramm sollte eine »Weihnachts-Rente« für Bezieher niedriger Leistungen (bis 700 Euro) wiederhergestellt

<sup>4</sup> Jürgen Habermas: Warum Merkels Griechenland-Politik ein Fehler ist, in: Süddeutsche Zeitung vom 22.6.2015.

Abb. 1: Daten zur griechischen Wirtschaftsentwicklung



Quelle: IWF

werden. Bis 2010 hatten griechische Rentner noch 14 volle Renten im Jahr erhalten. Die Gläubiger bestehen auf der Eindämmung der Defizite, die Regierung gesteht die Abschaffung von Frührenten zu: Viele Gruppen von Beamten und Angestellten im öffentlichen Sektor und im Bankwesen können früher in die Rente gehen, wie etwa Mütter im Alter von 55 Jahren, die 25 Jahre Beiträge bezahlt haben, oder Männer im Alter von 60 Jahren, die 35 Beitragsjahre vorweisen können. Seit der Rentenreform von 2012 sollen Männer mit 67 und Frauen mit 62 Jahren in die Rente gehen. Dieses Projekt ist ins Stocken geraten.

## Die Entwicklung der Arbeitseinkommen

Nimmt man die Daten von Eurostat, so sind die Stundenlöhne im Privatsektor von 2007 (dem Jahr vor Ausbruch der Krise) bis 2014 von damals 7,60 Euro auf nunmehr 6,30 Euro gefallen (in Deutschland stiegen sie von 21,60 Euro auf 24,90 Euro). Die europäischen Gläubiger und der IWF fordern trotzdem weitere Lohnsenkungen, um eine Stärkung der Exportindustrie zu erreichen. Faktisch führt diese Politik aber nur zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der Dienstleistungen (Tourismus); ein relevanter Exportsektor existiert in Griechenland nicht mehr. 2013 exportierte das Land Waren im Wert von 27,6 Mrd. Euro. Tatsächlich entfallen auf Griechenlands gesamten Außenhandel ca. 12% vom griechischen BIP – viel weniger, als man von einer derart kleinen Volkswirtschaft erwarten würde. Kleinere Länder betreiben tendenziell mehr Außenhandel, da die Binnenwirtschaft kein großes Ausmaß hat. In Griechenland funktioniert diese Logik der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit nicht. Das griechische Handelsdefizit ist zurückgegangen, aber nur, weil der Import zusammengebrochen ist. Zugleich stagnierten die Exporte, und dies, obwohl die Löhne um mehr als 20% gesunken sind. In anderen Krisenländern haben steigende Exporte den Nachfrageeinbruch, der eintrat, als Regierungen die Ausgaben massiv zurückfuhren und die Steuern erhöhten, zumindest teilweise auffangen können. Trotz der gesunkenen Löhne liegen die Ausfuhren in Griechenland derzeit noch weit unter dem Niveau von 2008. Die Löhne sind (gemessen an der Entschädigung pro Stunde im Privatsektor) in Griechenland zwischen 2007 und 2014 gesunken, während sie selbst in anderen Krisenländern wie Spanien oder Portugal gestiegen sind.

Tatsächlich hat Griechenland mit Ausnahme von Litauen und Lettland mittlerweile die tiefsten Löhne Europas. Zusammen mit der gestiegenen Arbeitslosigkeit – die offiziell bei rund 26% liegt, in Wirklichkeit wohl eher bei inzwischen fast 40% – führte dies zu einem Rückgang der nationalen Lohnsumme von fast einem Drittel. Die Konsequenz: Die griechische Wirtschaft befindet sich in einer Abwärtsspirale und der griechische Staat ist ohne Stabilisierung der Binnenwirtschaft nicht in der Lage, den Staatshaushalt auszugleichen oder einen Primärüberschuss zu erwirtschaften, der für die Schuldentilgung und Zinszahlungen Voraussetzung ist. Was Griechenland braucht sind keine weiteren Lohnkürzungen, sondern eine Stärkung der Binnenwirtschaft, eine Reduktion von Bürokratie sowie Investitionen in zukunftsträchtige Wirtschaftszweige, die mindestens zum Teil aus den EU-Fonds mitfinanziert werden könnten.

Abb. 2: Annahmen der Wirtschaftsentwicklung in den Hilfsprogrammen, BIP

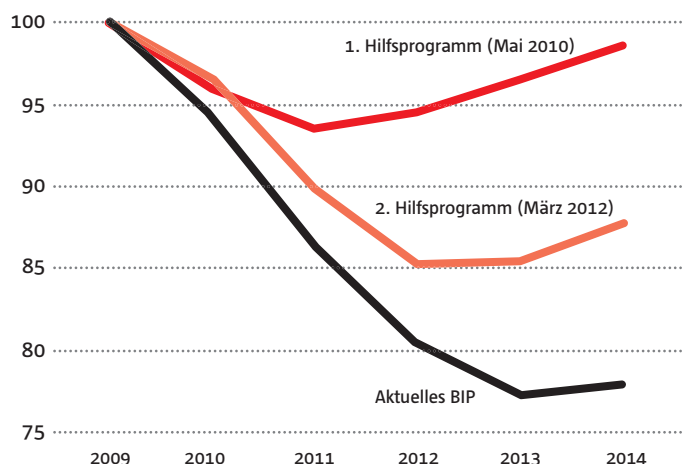


Abb. 3: Arbeitsproduktivität im privaten Sektor (EUR)

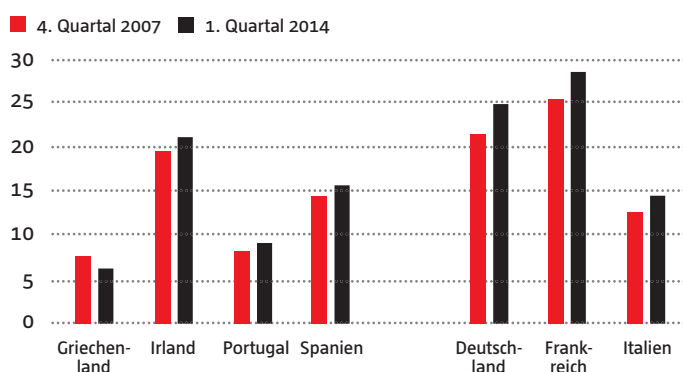
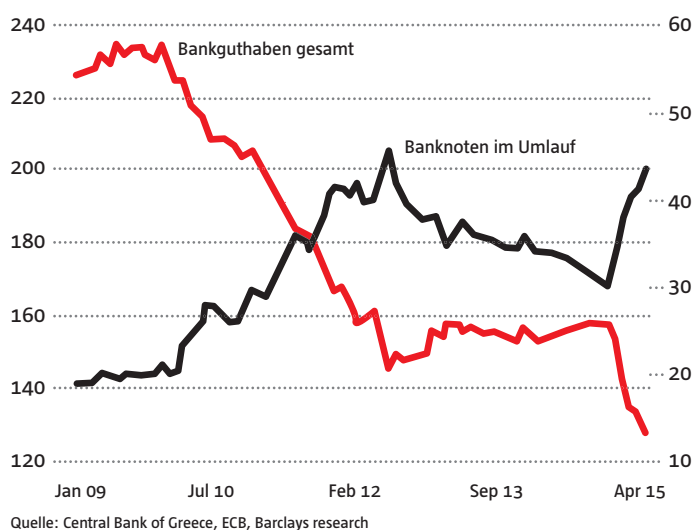


Abb. 4: Bargeldwirtschaft (Mrd. €)



Quelle: Central Bank of Greece, ECB, Barclays research

## Banken und öffentliche Finanzen

Auch der IWF räumt inzwischen ein, dass die quantitativen Vorgaben zu den fiskalischen Zielen im Hilfsprogramm, zum Budget 2015 wie auch zu steuerlichen Maßnahmen nicht mehr einzuhalten sind. Zum einen sei Griechenland im ersten Quartal 2015 in die Rezession zurückgefallen, zum anderen hat der Abzug von Bankeinlagen ein verheerendes Ausmaß erreicht. Seit dem ver-

gangenen Dezember hat das griechische Bankensystem Einlagen in Höhe von 30 Mrd. Euro verloren. Seit Jahresanfang hat der Kapitalabfluss rasant zugenommen, wie die Abbildung 4 verdeutlicht; ein Bank Run ist allerdings bislang ausgeblieben.

Die Stabilität des griechischen Bankensystems hängt von der Unterstützung der EZB ab. Die griechischen Anleihen wurden bereits von allen drei relevanten Rating-Agenturen auf Ramsch herabgestuft, ein »haircut« wäre nach EZB-Regeln somit angebracht. Die EZB weiß aber, dass sie damit die Spielräume eingenen und die griechische Regierung zu einer Entscheidung zwingen würde. Damit die griechischen Banken weiterhin liquide bleiben können, hat die EZB die Notfallliquidität (Emergency Liquidity Assistance) erneut auf ca. 88 Mrd. Euro erhöht. Noch sind die griechischen Banken für die EZB solvent, obwohl mittlerweile auch Ökonomen in Athen eine weitere Rekapitalisierung der Banken, die 20% ihrer Einlagen verloren haben, als notwendig erachten. Der Rückgriff auf Kapitalverkehrskontrollen ist bislang unterblieben. Mit ihrer Einführung würden die Einkommens- und Wirtschaftskreisläufe noch schwieriger. Der IWF registriert eine besorgniserregende Abhängigkeit von der Liquiditätsversorgung durch das Eurobankensystem, die ständig zunehme.

Der zentrale Streitpunkt der Auseinandersetzung zwischen Gläubigerländern und der griechischen Regierung dreht sich um das Primärdefizit – den Budgetüberschuss abzüglich der Zinskosten für den Schuldendienst. Alle anderen Reformen hängen an diesem Punkt, da sie den Zweck haben, die Ausgaben des Staates zurückzuschrauben, um die Rückzahlung der Schulden zu ermöglichen. Nach laufendem Programm müsste Griechenland einen Primärüberschuss von 3% gemessen am BIP im laufenden Jahr und von 4,5% im nächsten Jahr erzielen. Durch die Verschlechterung der Wirtschaftslage seit Jahresbeginn rechnen die Beteiligten mit einem Primärdefizit von 0,7%. Allein ein schrumpfendes BIP senkt die Überschussquote (bzw. erhöht die Defizitquote). Zudem verschlechtern rezessionsbedingte geringere Steuereinnahmen und höhere Sozialausgaben das Budget. Das Angebot der »Institutionen« enthält – so die EU-Interpretation – erhebliche Zugeständnisse (für 2015 nur einen Primärüberschuss von 1%), als mittelfristiges Ziel werden 3,5% statt 4,5% des BIP gefordert und hierfür gebe man zwei Jahre mehr Zeit (bis 2018). Gleichwohl wollte die griechische Regierung dies zunächst nicht akzeptieren: Um das primäre Budget um  $1^{2/3}$ % (von  $-2/3$  bis  $+1$ ) zu verbessern, müsste die Regierung wegen der dadurch weiter einbrechenden Wirtschaft Sparmaßnahmen im Umfang der doppelten Quote von  $3^{1/3}$ % umsetzen und die Verschuldungsquote würde trotz des Primärüberschusses um rund 9% ansteigen. Es bliebe zwar Geld für eine Rückzahlung übrig, aber auf Kosten einer noch weiter geschwächten Wirtschaft. Vor allem der IWF registriert diese Entwicklung mit großem Unbehagen, weil die Schuldentragfähigkeit unter das Level der Regularien des Währungsfonds abgesunken ist.

Griechenland kann nach den Worten von Finanzminister Yanis Varoufakis die geplanten Reformen nur bei einem Verzicht auf harte Sparmaßnahmen durchziehen. »Worüber reden wir? Über eine unabhängige Steuerbehörde, einen dauerhaften Primärüberschuss, ein sinnvolles und ambitioniertes Privatisierungsprogramm, eine echte Reform des Rentensystems, eine

Liberalisierung der Märkte für Waren und Dienstleistungen.« Diese Ziele könnten nicht erreicht werden, wenn die von den internationalen Geldgebern geforderten »unerträglich hohen« Ziele für einen Primärüberschuss bestehen blieben. »Unsere Regierung kann und wird nicht ein Heilverfahren über fünf Jahre akzeptieren, das sich als schlimmer als die Krankheit erwiesen hat.« Damit ist der Kern auch der innenpolitischen Auseinandersetzung benannt: Noch kämpft eine Mehrheit in der Linkspartei Syriza und der Wahlbevölkerung für einen Sanierungskurs ohne weitere massive Eingriffe in die Verteilungsverhältnisse. Am Schluss einer Tagung des Zentralkomitees der Linkspartei setzte sich Ministerpräsident Tsipras mit seinem Kurs durch: weiterverhandeln mit den Kreditgebern.

## Grexit als Alternative?

Der linke Flügel von Syriza wirbt seit Langem für einen Konfrontationskurs: Griechenland solle die nächsten Kreditraten an den IWF nicht zurückzahlen und alle Banken verstaatlichen. Unbestritten könnte ein Bruch mit dem europäischen Binnenmarkt, ein Austritt aus der Eurozone und mindestens eine Aussetzung der Mitgliedschaft in der NATO eingeleitet werden. Da seit der Regierungsübernahme der Wirtschaftskreislauf in Griechenland wesentlich durch Notkredite seitens der europäischen Zentralbank gewährleistet wird, und im selben Zeitraum das Bankensystem einen Abzug von Einlagen in der Größenordnung von ca. 40 Mrd. Euro hinnehmen mussten, wird u.a. als Gegenmaßnahme die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen wie zuletzt in Zypern gefordert. Mit Kapitalverkehrskontrollen, bei deren Ausgestaltung und Durchführung die EZB nicht zustimmt, wäre der Ausstieg aus dem Währungs- und Creditsystem eröffnet. Die Mehrheitsströmung in Syriza will eine solche Politikentwicklung nicht. Sie sieht die Chance Griechenlands in einer Investitionsoffensive und einer wirtschaftlichen Rekonstruktion im europäischen Verbund. Wenn der bereits erreichte Politikwechsel erfolgreich durchgestanden wird, eröffnet er auch für andere Krisenländer Alternativen und könnte für den europäischen Verbund insgesamt eine andere Entwicklung einleiten.

Auch die zukünftige Fraktionschefin der Linkspartei im Deutschen Bundestag, Sahra Wagenknecht, befürwortet einen Grexit. Ein geordnetes Ausscheiden aus der Euro-Zone wäre eine sinnvolle Lösung der Schuldenkrise Griechenlands. Voraussetzung sei allerdings, dass die Europäische Zentralbank die neue griechische Währung so unterstütze, »dass sie meinetwegen um 30% abwertet, aber nicht mehr«. Das müsse genauso glaubwürdig angesagt werden wie EZB-Präsident Mario Draghi sich verpflichtete, andere Staatsanleihen zu stützen. Sahra Wagenknecht argumentiert wie Costas Lapavistas, dass das Chaos nach Einführung der Drachme beherrschbar sei und die Wirtschaft sich binnen Kurzem erholen werde. Dem Hinweis auf die schlagartige Erhöhung der Schuldenlast in Euro wird mit der Forderung nach einem »kompletten Schuldenschnitt« begegnet. Das sei »der Preis, den Europa zahlen muss, damit sich Griechenland aus der Eurozone verabschiedet«.

Diese Sichtweise, die Wagenknecht, Lapavistas und viele andere Sozialisten und Marxisten vortragen, weist eine erstaunliche Nähe zu den Forderungen von Rechtspopulisten hierzu-



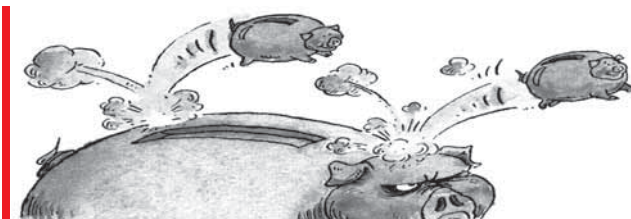
lande auf. Der linke Flügel der Linkspartei und von Syriza »auf einer Linie mit europaskeptischen Rechtspopulisten, die den faulen Griechen deutsche Tugenden beibringen wollen, das ist eine eigenartige Konstellation. Obwohl die Gegenspieler von Tsipras keinerlei Sympathie für die Grexit-Spekulanten hegen, machen sie sich damit objektiv zu deren nützlichen Idioten.« Diese Einschätzung von Niels Kadritzke<sup>5</sup> trifft die Absurdität und Verwirrung präzise.

Alle Befürworter einer Rückkehr Griechenlands zu einer eigenen Währung und einem nationalstaatlich geprägten Wirtschaftsraum gehen davon aus, dass zunächst eine deutliche Abwertung der Drachme von ca. 20-30% zu verarbeiten wäre. Auch abgesehen von den komplizierten Umschuldungsprozeduren müssten viele Wirtschaftsabkommen neu justiert werden. Ein Vorteil sei die zügige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Tourismus. Griechenland könne einen noch größeren Anteil im Bereich touristischer Dienstleistungen zulasten der Türkei, Spanien und Italien gewinnen. Aber da kaum mehr ein relevanter Exportsektor in der griechischen Wirtschaft existiert, wären die Folgen einer Abwertung auf längere Zeit negativ. Im Durchschnitt über die Jahre 1995 bis 2012 machten die Exporte in Griechenland nur 22% des BIP aus. Ähnlich große Volkswirtschaften wie Irland oder die Tschechische Republik weisen einen Exportanteil von über 50% aus.

Für eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und ein breiteres Exportwarenangebot wird Griechenland längere Zeit brauchen. Der Ökonom des griechischen Unternehmerverbandes, Sev Masseurakis, argumentiert: Bei einem BIP von 185 Mrd. Euro habe Griechenland rund 50 Mrd. Euro an Erlösen in der Leistungsbilanz vorzuweisen. Selbst eine kräftige Abwertung ließe die Ausfuhr nicht sofort in die Höhe schnellen. Natürlich könnten die Einnahmen aus dem Tourismus wachsen. Doch Griechenland habe Branchen mit exportfähigen Waren lange Zeit vernachlässigt. Für handelbare Güter, die im Wettbewerb auf dem globalen Markt produziert und in alle Länder geliefert werden, wirkte sich die erhöhte griechische Nachfrage nicht aus. Griechenland hat eine anämische Entwicklung für die Exportbranchen mit den handelbaren Gütern. Im Grundsatz sehen auch viele Befürworter eines Grexit die eintretende Notlage: Da sich die aktuelle humanitäre Krise massiv ausweiten würde, müsste Griechenland auf längere Zeit aus dem europäischen Raum unterstützt werden, ohne dass diese Hilfe zu einer wirtschaftlichen Rekonstruktion und einer selbsttragenden Ökonomie führt.

## Perspektiven? Ein Zwischenresümee

Nicht nur Griechenland ist eine Gefahr für den Fortbestand der Währungsunion. EZB-Chef Mario Draghi hat auf die wachsende Kluft zwischen den einzelnen Mitgliedsländern des Euro-Raums hingewiesen: »In einer Währungsunion kann man sich große und noch anwachsende strukturelle Divergenzen zwischen den Ländern nicht leisten, denn sie können tendenziell explosiv werden ... Und deshalb bedrohen sie die Existenz der Union, der Währungsunion.« Auch die deutlichen Unterschiede etwa bei den Regeln am Arbeitsmarkt oder beim Kündigungsschutz in den 19 Ländern des Währungsraumes sind ein erheblicher Sprengsatz. Die Hängepartie mit Griechenland wird auch zu



Karikatur: Economist

einer Belastung bei dem unverzichtbaren Bemühen, die Divergenzen in der europäischen Union zurückzudrängen.

Die Illusionen der Geldgeber sind geplatzt, nachdem die griechische Wirtschaft wieder nachhaltig in die Rezession gerutscht ist. Mit einem geringeren Primärüberschuss ist die Schuldenquote ohne Schuldenschnitt nicht wie vom IWF verlangt bis Ende des Jahrzehnts auf 124% des BIP zu drücken. Weil der Frage der Tragfähigkeit der Staatsschulden im Lichte der realen ökonomischen Entwicklungstrends neu bewertet werden muss, muss der IWF wegen seiner Statuten – er kann keine weiteren Tranchen aus einem laufenden Unterstützungsprogramm mehr auszahlen, wenn ein Zustand der Überschuldung in Sicht ist – tendenziell aus dem Sanierungsprozess aussteigen. Die Generaldirektorin Christine Lagarde signalisierte gleichwohl ein Entgegenkommen, was die Kreditaufgaben betrifft. Sie deutete an, dass Auflagen für den Arbeitsmarkt gelockert und der Zeitrahmen des Restrukturierungsprogramms gestreckt werden könnten. In den Zusammenhang des »Entgegenkommens« gehörten auch die Bündelung der Rückzahlungstranchen für den Monat Juni auf ca. 1,6 Mrd. Euro zum Ende des Monats.

Ob am Monatsende der fällige Betrag an den IWF gezahlt werden konnte, ist zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieses Beitrags offen. Die griechische Regierung muss die Mehrheit der Syriza-Regierungsfraktion vom Sanierungspaket überzeugen und die blockierten Gelder aus den laufenden Programmen müssten freigegeben werden. Wenn der IWF seine Tranche zurückhält, kann Griechenland zum einen mit 4,2 Mrd. Euro rechnen. Außerdem wollen die Gläubiger Griechenland Zugriff auf einen Teil der bisher für die Rettung maroder Banken reservierten 10,9 Mrd. Euro aus dem Hilfspaket verschaffen. Damit könnte es seinen Finanzbedarf für den Sommer abdecken, wenn es u.a. 6,7 Mrd. Euro an die EZB zurückzahlen muss. Auch eine Verlängerung des laufenden Hilfsprogramms über den Sommer hinaus ist im Gespräch.

Die griechische Regierung hält die Zielgröße eines Überschusses im Primärhaushalt von 1% im laufenden Jahr für illusionär und weiß, dass ihre Einhaltung nur um den Preis weiterer Kürzungen zu haben sein wird. Dass sie im letzten Vorschlagspaket diesen 1% dennoch zugestimmt hat, zeigt, wie eng ihre Spielräume geworden sind, ihr erklärtes Ziel, aus der Spirale von Schrumpfung der wirtschaftlichen Leistung und immer neuen Kürzungen endlich herauszukommen, durchzusetzen.

Geht man davon aus, dass Griechenland im laufenden Jahr beim Wirtschaftswachstum nicht weiter zurückfällt und mit einer Stagnation davon kommt (0,5% BIP-Zuwachs), dann lassen sich die Forderungen der Gläubiger für das Erreichen der Zielmarke von 1% Überschuss im Primärhaushalt quantifizieren. Die Geldgeber fordern weitere Sparmaßnahmen in Höhe von rund drei bis fünf Mrd. Euro. Die griechische Regierung

schlägt Maßnahmen (Kürzungen und Steuermehreinnahmen) in Höhe von 1,8 Mrd. Euro vor. Sicherlich ist vorstellbar, dass sich in diesem Korridor eine Verständigung erreichen lässt. Es wäre politisch gefährlich, wegen einer Differenz von 2-3 Mrd. Euro den Verständigungsprozess platzen zu lassen.

Die Kanzlerin hat Griechenland zu Zugeständnissen aufgerufen. Nötig seien »deutliche Anstrengungen« vonseiten Athens. Es bleibe das Ziel der derzeitigen Verhandlungen, dass Griechenland in der Eurozone bleibe. Finanzminister Schäuble schließt im Gegensatz zu seiner Chefin einen Austritt aus der Währungsunion ausdrücklich nicht aus und lehnte einen Schuldenerlass dezidiert ab. Der Finanzminister hat dabei auch die Stimmung in der CDU/CSU im Blick, wo mehrheitlich ein Ende des Unterstützungsprozesses für Griechenland befürwortet wird.

Die Mehrheit der deutschen Medien und der Wirtschaftsexperten unterstützen die harte Linie und warnen vor weiteren Zugeständnissen. Die griechische Regierung werde sich auch an neu vereinbarte Reformauflagen nicht halten, sagte der Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Clemens Fuest, der BILD-Zeitung. Deshalb sollte Deutschland keinesfalls neue Kredite vergeben.

EZB-Präsident Mario Draghi bekräftigte: »Der EZB-Rat will, dass Griechenland im Euro bleibt.« Dafür sei ein »starkes Abkommen« Voraussetzung. Kriterium dafür sei, dass die Vereinbarung in Griechenland das Wachstum stärke. Es müsse sozial verträglich umsetzbar und für Griechenland bezahlbar sein. Er signalisierte, dass die Notenbank weiterhin die stark angeschlagenen griechischen Banken mit Notfallhilfen unterstützen wird. Die Bedingungen für die Sicherheiten, die Banken im Gegenzug gewährleisten müssen, würden nicht verschärft. Ohne die Flexibilität der EZB wäre der Verhandlungsprozess infolge einer staatlichen Insolvenz längst geplatzt.

Nach Redaktionsschluss wird die Entscheidung fallen, ob Griechenland eine Freigabe von bereits beschlossenen Kredittranchen erhält. Eine Verlängerung des laufenden Hilfsprogramms bis Jahresende könnte eine Doppelchance einschließen. Die griechische Ökonomie könnte den mühsamen Prozess des Ausbruchs aus der Rezession fortführen und zugleich könnte ein neues Abkommen verhandelt werden, bei dem der Schwerpunkt auf der wirtschaftlichen Stabilisierung und Rekonstruktion einer lädierten Ökonomie liegt.

Fällt die Entscheidung anders und Griechenland würde aus der Eurozone herausgedrängt, bedeutete dies mit Sicherheit die Verschärfung des wirtschaftlichen Schrumpfungsprozesses. Für die griechische Bevölkerung würde eine erneute schwere sozio-ökonomische Anpassungsphase einsetzen. Das jetzt schon kaum noch funktionierende Gesundheitssystem macht deutlich, dass die Rückwirkungen der gebeutelten Wirtschaft auf andere Bereiche der Gesellschaft erhebliche negative Folgen hätten. Außerdem werden die Probleme der Bewältigung der Flüchtlingsbewegung für Griechenland noch drückender. Und die geopolitische Konstellation des NATO-Mitglieds Griechenland gegenüber einem deutlichen Rechtstrend in der Türkei und gescheiterten Staaten in Nahost wirft weitere Probleme auf.

Die Macht der neoliberalen Eliten in Wirtschaft und Politik wird uns durch den Kampf um die wirtschaftlich-finanzielle Strangulierung Griechenlands vor Augen geführt. Die

griechische Linksregierung verdeutlicht, wie schwer ein Politikwechsel – ein Bruch mit der neoliberalen Konzeption – umzusetzen ist. Aber auch die Krisenländer Portugal und Spanien leiden massiv unter der Austeritätspolitik. Frankreich und Italien hatten für ihre Länder versucht, einen Freiraum für verstärkte gesellschaftliche Investitionen zu erhalten. Wir streiten also in nationalstaatlich unterschiedlichen Konstellationen für einen Bruch mit der neoliberalen Sanierungspolitik, die uns bestenfalls eine säkulare Stagnation mit mehr oder minder regelmäßigen Krisenprozessen von Vermögenspreisblasen beschert.

Die Überschuldung vieler kapitalistischer Länder ist eine Tatsache. Die schwächelnde, teils krisenhafte Akkumulation des Kapitals ist in den letzten Jahrzehnten durch eine Expansion des Kredits überlagert worden. Es geht nicht vorrangig um »Schuldenbefreiung«. Schulden sind akkumulierte Ansprüche auf künftig erst noch zu produzierenden gesellschaftlichen Reichtum. Die Verteilungsverhältnisse in allen Ländern sind massiv verzerrt, selbst die OECD und der IWF sowie andere Organisationen sehen inzwischen, dass wachsende soziale Spaltungen zu einer Blockade oder einem Hindernis für Kapitalakkumulation und gesellschaftliches Wachstum geworden sind.

Der Grundkonflikt, ob eine alternative Politik trotz Schuldenbremse und europäischen Fiskalpakt gegen massive Repression möglich gemacht werden kann, ist nicht entschieden. Während der letzten Monate hat eine moderne Linkspartei in Griechenland – keineswegs ohne Widersprüche und Fehler – im Ringen um das Hilfsprogramm für das Land auf eine Lösung auf höchster politischer Ebene gedrängt. Letztlich mussten sich die Staats- und Regierungschefs der 19 Euro-Staaten mit der Sache beschäftigen, ohne dass es bislang zu einem erträglichen Kompromiss gekommen ist. Gleichwohl ist die Einleitung einer alternativen Entwicklung möglich. Der politische Wille zu einem Ausbruch aus der neoliberalen Logik ist enorm. Jenseits vieler Drohgebärden wollen einige Regierungsparteien in der Euro-Zone zu einer erträglichen Einigung mit der griechischen Linksregierung kommen. Sie verweisen zu Recht auf die fatalen geopolitischen Konsequenzen und ökonomischen Zweitrundeneffekte eines zahlungsunfähigen kleinen Staates am Südostrand der EU. Das Kernübel liegt in der neoliberalen Wirtschaftskonzeption, die die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands zum allein gültigen Referenzpunkt macht. Die unabdingbare finanzielle Konsolidierung wurde mit Ausgabensenkungen angegangen, das stranguliert die Wirtschaft. Jetzt ist sie massiv geschwächt. Ein wirtschaftlicher Aufschwung ist schwierig und dürfte einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen, in dem auch das griechische Bankensystem saniert werden muss. Ein Grexit würde einen katastrophalen Verlauf der Krise bedeuten. Die anderen EU-Länder, die mit sowieso unvermeidlichen Abschreibungen auf ihre Kredite konfrontiert wären, müssten den Griechen Katastrophenhilfe leisten, um ein Chaos mitsamt den befürchteten geopolitischen Konsequenzen zu vermeiden. Insofern wäre auch in ihrem Interesse eine andere Lösung sinnvoll.

<sup>5</sup> Niels Kadritzke: Grexit und was dann? Die Drachme eröffnet keine Zukunftsperspektiven – außer für Spekulanten, in: Le Monde Diplomatique vom 11.6.2015.

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
  - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
  - Internationales/Krieg & Frieden
  - Buchbesprechungen/Filmkritiken
  - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie  ABC  Mandel  Roth
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie  ABC  Mandel  Roth
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

